

Unterforderte Kinder nützen unserem Schulsystem nichts – Beitrag zur Bewertungs-Debatte Wo die wahren Probleme liegen

Von Katja Christ

Die in Basel heiss diskutierte Vergleichsteste messen nicht den einzelnen Schüler. Sie messen die Schulsysteme und deren Output. Dies ist der Sinn von internationalen Schulleistungsuntersuchungen wie Pisa, Timss und Co.

Es geht um Transparenz, Qualitätssicherung, Controlling und Benchmarking. Allesamt Begriffe, wie wir sie aus der Wirtschaft kennen. Vergessen wir einmal die Frage, ob das, was die Wirtschaftsorganisation OECD – sie ist die Auftraggeberin der Pisa-Testreihe – da so alles gemessen hat, überhaupt dasjenige ist, von dem wir wollen, dass unsere Schüler und Schülerinnen das in der Schule lernen.

Die Schule einer solchen Wirtschaftsphilosophie zu unterwerfen ist fragwürdig, denn Unterricht funktioniert nicht wie die Produktion von Kühlhauben in einer Fabrik. Trotzdem sollten wir die Tests nicht grundsätzlich verteufeln. Sie können uns interessante Rückmeldungen geben: So hat Pisa uns gezeigt, dass rund ein Fünftel unserer Schüler die Grundkompetenzen beim Lesen nicht erreicht.

Asien auf dem Vormarsch

Um dies festzustellen, reichen Stichproben, wie sie der Kanton Bern durchführen will, längstens. Flächendeckende Tests kosten viel und haben

wenig Aussagekraft. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, dass wir in einem globalen Wettbewerb stehen, dem sich die Schule nicht ohne Weiteres entziehen kann. Gerade in Basel könnten wir es, wenn wir es überhaupt genau wissen wollten, hautnah miterleben. Etwa 93 Prozent des Kaders der Novartis sind Expats. Die Geschäftssprache ist Englisch. Wer in der Novartis Karriere machen will, und sei sie noch so bescheiden, muss perfekt Englisch können.

Es ist eine Illusion, zu meinen, Lernen liesse sich von der Leistung entkoppeln.

Die Timss-Sieger Singapur, China, Taiwan, Südkorea und neuerdings auch Vietnam bringen atemberaubende Resultate in der Mathematik hervor. Von 1000 Schülern weisen diese Länder zwischen 300–380 Hochleister auf, das sind Schüler, die die oberste Kompetenzstufe in diesem Fach erreicht haben. Die Schweiz bringt es auf 80, Deutschland auf 50 und Frankreich auf lediglich 20 Spitzenschüler unter 1000.

Die Top-Resultate der Asiaten werden mit Pauken bis zum Umfallen, mit massiver Unterstützung der Eltern plus einer starken Förderung der Hoch-

begabten erreicht. Und bezahlt wird es mit wirklichem Stress, einer beängstigenden Suizidrate und unglücklichen Schülern. Natürlich will bei uns keiner ein solches Schulsystem einführen, auch ich nicht. Aber das Gegenteil zu propagieren und alles auf den kleinsten Nenner zurückzuführen, mit Inklusionsfantasien, Charakterbeurteilungen, selbstorganisiertem und selbstbestimmtem Lernen, kann auch nicht unser Weg sein und würde unser Land nicht nur bildungsmässig ins Abseits führen.

Leistung muss gemessen werden

Eine Schule, die keine Leistung verlangt, kann genauso inhuman sein wie eine asiatische Paukerschule. Und gelangweilte und unterforderte Kinder sind für ein Schulsystem genauso skandalös wie der angeprangerte Leistungswahn bei den Jüngsten. Es ist eine Illusion, zu meinen, Lernen liesse sich von Leistung und deren Beurteilung entkoppeln, damit der Lernprozess unbelastet vonstatten ginge.

Das Dilemma zwischen Stigmatisierung und Auswahl einerseits und klarer Beurteilung andererseits gilt es auszuhalten. In diesem Sinne ist die Leistungsrückmeldung für den Lernfortschritt unabdingbar. Wann diese zu erfolgen hat, ist jedoch auszuhandeln.

Sicher braucht es sie nicht im Kindergarten, wo sie nur Schaden anrichtet. Aber spätestens ab der drit-

ten Klasse darf man es den Kindern zumuten. Schriftlich festgehaltene psychometrische Vermessungen der Kinder bei den überfachlichen Kompetenzen jedoch haben in einer öffentlichen Schule nichts verloren. Steve Jobs lässt grüssen.

Gut gemeint, aber falsch

Hätten die Lehrkräfte zumindest bei den Jüngsten mehr Gestaltungsfreiraum bezüglich der Leistungsrückmeldung und wären sie nicht gezwungen, zusätzlich Beobachtungsbögen mit charakterlichen Verhaltensnormen auszufüllen, die Diskussion wäre wohl kaum entfallen.

Es war wohl wieder gut gemeint und abermals wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Genauso wie mit dem unsinnigen Frühfranzösisch, dem sündhaft teuren Lehrmittel Passepartout, mit flächendeckenden Vergleichstesten, Luxusschulbauten und dem Ausbau der Bildungsbürokratie. Wir ziehen damit nur Ressourcen ab, die wir dringend woanders benötigen.



Katja Christ ist Basler Grossrätin und Präsidentin der GLP.

Zweirad-Initiative zurückgezogen

Komitee sieht Forderung erfüllt

Von Martin Regenass

Basel. Acht Jahre hat das Seilziehen nunmehr gedauert, ob Roller- und Töfffahrer am Rande der Innenstadt, am Bahnhof SBB und bei der Universität fürs Parkieren ihrer Zweiräder fürs Parkieren ihrer Zweiräder zahlen müssen. 2009 hat SP-Grossrätin Brigitte Heilbronner einen Anzug lanciert, der Parkgebühren für Zweiräder mit Verbrennungsmotoren forderte.

Nach zahlreichen Grossrats- und Regierungsbeschlüssen sowie einem Kommissionsbericht ist nun der letzte Entscheid zum Thema gefallen: Die bürgerlichen Jungparteien CVP, FDP, LDP und SVP haben ihre 2016 zustande gekommene Zweirad-Initiative gestern zurückgezogen. Mit dem Volksbegehren haben sie das Ansinnen Heilbronners bekämpft. Pascal Messerli, Präsident der Jungen SVP, sagte an einer Medienkonferenz: «Bei der Parkgebühr handelt es sich um eine künstliche und überflüssige staatliche Aufgabe.»

Der Grosse Rat ist in einer Debatte vom vergangenen September grösstenteils auf die Forderungen der Initianten eingeschwenkt – auch dank Unterstützung aus der SP-Fraktion, in der sich fast die Hälfte der Parlamentarier ihrer Stimme enthielten.

Einerseits soll nun im Umweltschutzgesetz festgeschrieben werden, dass das Parkieren von Zweirädern auf Allmend kostenlos ist. Andererseits müssen der Kanton und die Landgemeinden «nach Möglichkeit» genügend Parkflächen für motorisierte und nicht-motorisierte Zweiräder zur Verfügung stellen. «Wir haben beide Ziele erreicht und ziehen eine positive Bilanz. Wir wollen nicht auf der Initiative beharren und zeigen uns kompromissbereit», sagte David Pavlu, Präsident der Jungfreisinnigen Basel-Stadt, zum Rückzug.

Verzicht auf Referendum

Das Entgegenkommen der bürgerlichen Jungparteien besteht darin, dass sie auf den Zusatz verzichten, wonach der Kanton und die Landgemeinden zwingend genügend Parkplätze schaffen müssten. Diesbezüglich seien auch Gespräche mit dem zuständigen Bau- und Verkehrsdepartement von SP-Regierungsrat Hans-Peter Wessels geführt worden. Die Verantwortlichen aus dem Departement hätten gemäss Michael Hug, Präsident der Jungliberalen, zugesichert, dass sie die bereits für die Parkgebühren markierten Einzelfelder für Motorräder wieder entfernen würden, um so mehr Platz für Roller und Töffs zu schaffen. Ebenso sollen am Bahnhof SBB sowie am Badischen Bahnhof neue Parkfelder für 50 Roller und Motorräder geschaffen werden.

Noch wäre es während der nächsten sechs Wochen theoretisch möglich, dass rot-grüne Kreise das Referendum gegen den Grossratsentscheid von Mitte September ergreifen. Das Seilziehen um die Parkgebühren würde dann weitergehen. Messerli: «Damit rechnen wir allerdings nicht.» Pascal Pfister, Präsident der SP Basel-Stadt, bestätigt auf Anfrage: «Für die SP ist ein Referendum kein Thema.» Auch Harald Friedl, Präsident der Grünen, winkt ab: «Wir werden das Referendum wohl nicht ergreifen.»

Die bereits beschafften Parkuhren können gemäss dem Baudepartement anderswo eingesetzt werden.



Voreilig montiert. Die Parkuhr-Pfosten hätte sich das Baudepartement sparen können. Foto mar

67 Bäume für Basel

Akkordarbeit an der Tramlinie 3.

Mitarbeiter der Stadtgärtnerei verschönern die Burgfelderstrasse an der verlängerten Tramlinie 3 von Basel zum Bahnhof Saint-Louis. Seit gestern werden von den städtischen «Grün-Spezialisten» täglich acht bis zehn Bäume angeliefert und eingepflanzt. Zur Hauptsache handelt es sich bei den Bäumen von bereits stattlicher Grösse um Linden (57 Exemplare), hinzu kommen einige Ahorne und Eichen. Insgesamt werden laut Bau- und Verkehrsdepartement 67 Bäume eingepflanzt. CH Foto Nicole Pont



Frauen erhalten eigene Notschlafstelle

Die Regierung plant an der Rosentalstrasse ein Pilotprojekt

Von Urs Rist

Basel. Im vergangenen Jahr verbrachten 74 Frauen rund 2500 Übernachtungen in der Notschlafstelle der Sozialhilfe. Ein Jahr zuvor wurden bei etwa gleich vielen Frauen gar rund 3600 Übernachtungen registriert. Damit erreichte die Frauenabteilung 2015 eine Spitzenauslastung von 82 Prozent, 2016 war sie noch zu 56 Prozent belegt. In diesen beiden Jahren verbrachten fünf bis acht Frauen mehr als 150 Nächte in der Notschlafstelle.

Den Frauen stehen im Haus an der Alemannengasse zwei Zimmer mit zwölf Betten im vierten Obergeschoss zur Verfügung. Zudem besteht die Möglichkeit, im dritten Obergeschoss zwei weitere Zimmer mit acht Betten für Frauen abzutrennen. Sonst sind im ersten bis dritten Obergeschoss die Männer in 15 Zimmern mit 60 Betten untergebracht. Dort liegt die Auslastung bei 50 bis 70 Prozent, im vergangenen Jahr bei durchschnittlich 61 Prozent.

Auch bei den Männern nutzen sieben bis zehn Prozent die Notschlaf-

stelle, die eigentlich kurzfristige Not-situationen überbrücken soll, während mehr als 150 Nächten pro Jahr.

Weniger Asylbewerber

Nun soll für Frauen eine separate Notschlafstelle eingerichtet werden, wie aus einem Ausgabenbericht des Regierungsrats hervorgeht. In einem ehemaligen Alters- und Pflegeheim an der Rosentalstrasse 70 hat die Sozialhilfe bisher Flüchtlinge untergebracht, einerseits unbegleitete Minderjährige in Wohnheimen, andererseits Einzelpersonen.

Frauen meiden übliche Notschlafstellen aus Angst vor Gewalt und sexuellen Übergriffen.

Dank der neuen Containersiedlung beim Dreispitz und weniger Nettozuweisungen von Asylbewerbern können nun die Zimmer im ersten Obergeschoss anders genutzt werden. Sie

sollen für die Notschlafstelle verwendet werden, wobei mindestens 15 Frauen, bei einer Doppelbelegung 28, Platz finden. Damit erhielten sie einen «sicheren Rückzugsort». Denn Frauen würden auch deshalb seltener eine Notschlafstelle aufsuchen, weil sie dort Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen werden könnten.

Krisenmanagement erforderlich

Zudem soll am neuen Ort die Möglichkeit geschaffen werden, bestimmten Personen kleine Zweibettzimmer für längere Aufenthalte anzubieten. Denn der hohe Anteil psychisch kranker Personen führe in der Notschlafstelle zu Spannungen und Konflikten. Die Sozialhilfe sieht deshalb an beiden Standorten vor, je einen Sozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin einzusetzen, die zu den abendlichen Einlasszeiten ab 20 Uhr präsent sein sollen.

Ihre Aufgaben sind neben Konfliktprävention und Beratung auch die Krisenintervention und die Auswahl von Personen, die sich für ein Zimmer am zweiten Standort eignen und mit

denen eine Anschlusslösung gesucht werden soll. An der Rosentalstrasse sind für die Einrichtung der Notschlafstelle Kleininvestitionen von 105 000 Franken erforderlich. Zudem entstehen Kosten von 778 000 Franken pro Jahr für Nachtwachen und Sachkosten sowie von 75 600 Franken für Sozialarbeit, insgesamt also 853 000 Franken pro Jahr. Diese Kosten für den zusätzlichen Standort werden dem Grosse Rat für die Durchführung eines Pilotprojekts beantragt, das von Mitte 2018 bis Ende 2020 dauern soll.

An der Alemannengasse soll eine Teilsanierung die beengten Verhältnisse mildern. Auf jedem Geschoss werden zusätzliche Duschen und WC eingebaut. Sanierungsarbeiten, die in den nächsten fünf Jahren ohnehin anstehen, werden vorgezogen. Da die Notschlafstelle tagsüber nicht benützt wird, könnten die Arbeiten ohne grössere Betriebseinschränkungen ausgeführt werden. Es wird mit Umbaukosten von rund 1,4 Millionen Franken gerechnet, die als reguläre Unterhaltskosten anzusehen seien.